



Die Vorlesungen von Bernd Lucke (Bild) an der Universität Hamburg Mitte Oktober werden massiv gestört, ohne dass die Unileitung für Ordnung sorgt. Und der deutsche FDP-Chef Christian Lindner darf an besagter Uni nun auch nicht auftreten – Kevin Kühnert und Sahra Wagenknecht allerdings schon. (Bild: Markus Scholz/dpa/Keystone)

Warum die identitäre Linke den Kulturkampf verlieren wird

Falsche Freunde der Demokratie verwechseln gerade Angriff und Verteidigung. Es braucht ein liberales Bollwerk gegen Faschismus von links und rechts.

Milosz Matuschek 29.10.2019, <https://www.nzz.ch/meinung/kolumnen/warum-die-identitaere-linke-den-kulturkampf-verlieren-wird-ld.1518294>

Ein Gespenst geht um in Deutschland. Das Gespenst der identitären Linken. Diese findet, dass bestimmte Menschen vom Diskurs ausgeschlossen gehören. Meinungsfreiheit ja, aber bitte nur in dem von ihr vordefinierten Raum, nach den Massstäben der eigenen «diversity» und sicherheitshalber mit Sascha Lobo als Türsteher – denn was rote Linien sind, bestimmen jetzt nicht mehr Gesetze und Verfassungen, sondern ein wolkiger «gesellschaftlicher Konsens», also im Zweifel ein Twitter-Mob. Das alles ist in den Augen der identitären Linken höchst fortschrittlich und anständig, wenn auch unklar ist, wie die selbsternannten wehrhaften Demokraten die Demokratie retten wollen, wenn sie zugleich ihr tragendes Element, die Auseinandersetzung mit Andersdenkenden, abschaffen.

Für eine Vorschau auf die neuen Massstäbe genügt ein Blick in die Praxis: In den letzten Wochen verlor der Geschäftsführer der hessischen Filmförderung seinen Job, weil er mit dem Chef der AfD zu Mittag gegessen hatte. Die Vorlesungen von Bernd Lucke an der Universität Hamburg werden massiv gestört, ohne dass die Unileitung für Ordnung sorgt. Und der deutsche FDP-Chef Christian Lindner darf an besagter Uni nun auch nicht auftreten – Kevin Kühnert und Sahra Wagenknecht allerdings schon. Es muss irgendwie an diesen höchst eingängigen roten Linien liegen, dass manche noch das Privileg der öffentlichen Rede an der Universität Hamburg genießen und andere nicht.

All das ist ohne Zweifel beunruhigend, aber nicht der Anfang vom Ende der Demokratie. Was wir erleben, ist vielmehr ein Verzweiflungskampf, eine Agonie der identitären Linken, die als Elefant im Debattenraum noch einiges an Porzellan zerbrechen wird – um sich letztlich selbst zu kannibalisieren. Im Strafrecht nennt man es «Putativnotwehrzess», wenn jemand sich in einer Verteidigungslage glaubt und aus Verwirrung oder Angst zu unangemessenen Mitteln greift. Das Narrativ der identitären Linken, dass der Faschismus von rechts unmittelbar bevorstehe, weshalb es besser sein soll, einen Faschismus von links zu dessen Bekämpfung einzusetzen, fällt schon logisch in sich zusammen: Es ergibt wenig Sinn, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben.

Dieser Irrtum aus naiver Torheit heraus ist zudem unentschuldig, denn man müsste es besser wissen, dass die Ausgrenzung des Andersdenkenden vor allem ihm selbst nützt. Verbote und Tabuisierungen schaffen Aufmerksamkeit, besagt der Streisand-Effekt. Der Paria kann so erst zum Helden werden und einen Unterstützerkreis um sich scharen, der ihn treu verteidigt. Der Effekt der «altruistischen Bestrafung» durch die Anhänger hat Trump mit ins Amt geholfen, eine Alice Schwarzer in den 1970er Jahren zur Bestsellerautorin gemacht, füllt derzeit die Vortragsäle eines Daniele Ganser und machte den kanadischen Psychologen Jordan Peterson zum zeitweise wirkmächtigsten Intellektuellen des Westens.

Es ist nicht immer leicht, Notärzte von Totengräbern zu unterscheiden. Aber es ist überlebenswichtig für die Demokratie. Wenn heute fast 70 Prozent der Befragten laut Shell-Jugendstudie finden, man könne nichts Negatives über Ausländer sagen, ohne gleich als Rassist zu gelten, dann spüren junge Menschen, dass bestimmte Meinungsäußerungen längst ein Preisschild tragen. Die wahrhaft liberale Gesellschaft geht von einem anderen Prinzip aus, auch wenn es manchmal weh tut: Entweder man glaubt an die Meinungsfreiheit für Andersdenkende, oder man glaubt eben gar nicht an die Meinungsfreiheit.